

BERICHT ZUR DIALOGVERANSTALTUNG

„Zukunftsfähige Rohstoffpolitik“ vom 27.11.2019

für den Bericht:

Karin Küblböck, Jonas Nitschke, Hannes Grohs (ÖFSE)
Daniela Hinderer, Luana Schäfer (Paulo Freire Zentrum)
Tina Selami (TU-Wien)

Jänner 2020

INHALT

1	Executive Summary	3
2	Programm	4
3	Einleitung	5
4	Begrüßung durch die Organisatorinnen.....	5
5	Interview mit Stephan Lutter und Herbert Wasserbauer	6
6	Referat: Gemeinsam für die Ressourcenwende – Thesen zu den Rahmenbedingungen einer neuen ressourcenpolitischen Vernetzung	7
7	Kleingruppen.....	10
	Gruppe A: Internationale Rohstoff- und Handelspolitik	10
	Gruppe B: Bergbaupolitik, Arbeitsbedingungen, Unternehmensverantwortung.....	12
	Gruppe C: Circular Economy I.....	15
	Gruppe D: Circular Economy II/Schwerpunkt Recycling	18
8	Nachmittagseinheit: Politikprozesse/Maßnahmen	21
9	Abschluss: Take-aways und nächste Schritte.....	22

IMPRESSUM

Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung – ÖFSE
A Austria, 1090 Vienna, Sensengasse 3, T +43 1 3174010, F -150
E office@oefse.at, I www.oefse.at, www.centrum3.at

GEFÖRDERT DURCH DIE
 ÖSTERREICHISCHE
ENTWICKLUNGS
ZUSAMMENARBEIT

1 EXECUTIVE SUMMARY

Angesichts der sozialen und ökologischen Auswirkungen der Rohstoffextraktion wird der Ruf nach einer Ressourcenwende immer lauter. Dafür braucht es weit reichende Maßnahmen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Konsum und die Bündelung von Wissen und Know-how aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen.

Die Veranstaltung „Zukunftsfähige Rohstoffpolitik“ am 27. November 2019 brachte rund 50 ForscherInnen und VertreterInnen von Zivilgesellschaft und Verwaltung aus unterschiedlichen Disziplinen und Bereichen zusammen. In interaktiven Formaten wurde Wissen ausgetauscht, über Maßnahmen für eine zukunftsfähige Rohstoffpolitik nachgedacht sowie die Vernetzung zwischen den AkteurInnen gestärkt. Zudem präsentierten VertreterInnen des Forschungsprojekts „Ressourcenwende“ die bisherigen Studienergebnisse.

Die Dialogkonferenz wurde von der Österreichischen Forschungsförderung für Internationale Entwicklung (ÖFSE) gemeinsam mit dem Institut für Technikfolgen-Abschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Rohstoffe veranstaltet.

Ziele der Veranstaltung

- Austausch österreichischer AkteurInnen aus Zivilgesellschaft, Recht, Sozial- und Naturwissenschaften zum Thema Ressourcennutzung und -politik
- Fokussierte Diskussionen in verschiedenen Themenbereichen
- Vernetzung vor dem Hintergrund von aktuellen Politikprozessen
- Handlungsmöglichkeiten für die Mitgestaltung von Politikprozessen ausloten
- Das Projekt „Ressourcenwende“ in Deutschland kennenlernen und Kooperationsmöglichkeiten diskutieren

Ergebnisse und nächste Schritte

- Die TeilnehmerInnen waren sich einig, dass solche Dialogformate zur Horizonterweiterung sowie zum Kennenlernen neuer Blickwinkel beitragen und das **Potenzial von konkreten inter- und transdisziplinären Kooperationen** erhöhen. Die OrganisatorInnen der Veranstaltung werden sich Anfang 2020 zusammensetzen, um zu überlegen, wie der Kommunikationsprozess und die Vernetzung **sinnvoll weiter gestaltet** werden kann.

Wer sich an den Überlegungen beteiligen möchte, kann sich gerne bei Karin Küblböck (ÖFSE) k.kueblboeck@oefse.at melden.

- Als ein konkreter nächster Schritt wird eine **stärkere Vernetzung** zwischen dem Umweltdachverband (UWD) und dem European Environmental Bureau (EEB) und der AG Rohstoffe geplant.
- Ein **Zweiseiter zu Rohstoffpolitik** soll für das EEB produziert werden.
- Ein **Input zur Österreichischen Rohstoffstrategie** soll vorbereitet werden.
- Know-how- und der Wissenstransfer** wird in aktuelle Projektvorhaben stärker integriert werden.

- ❑ Die **Ergebnisse des Workshops** werden in den jeweiligen Organisationen/Arbeitsbereichen den **KollegInnen vermittelt**.
- ❑ Um eine gemeinsame Stimme zu haben, sollte man die Ressourcen zwischen Netzwerken (Ö-D) und weiteren **Expertisen bündeln**. Eine Vernetzung mit dem Netzwerk Ressourcenwende ist geplant.
- ❑ Bei konkreten **Anlässen** z.B. wie dem „Earth Overshoot Day“ das Thema Circular Economy stärker thematisieren.
- ❑ Eine **Ressourcenfolgenabschätzung** von Produkten und Prozessen sollte konkret anhand eines Beispiels direkt geführt werden (Wissenschaft + NGOs einbinden).

2 PROGRAMM

- 10.00 Uhr **Begrüßung** durch die OrganisatorInnen und **Vorstellrunde**
- 10.20 Uhr **Eröffnung:** Warum braucht die Ressourcenwende eine Zusammenarbeit von allen AkteurInnen?
- Stephan Lutter, Wirtschaftsuniversität Wien
 - Herbert Wasserbauer, Dreikönigsaktion der Katholischen Jungschar und AG Rohstoffe, Wien
 - Franziska Mohaupt, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, Berlin, Projekt [Ressourcenwende](#)
- 11.00 Uhr **Moderierte Kleingruppen**
zu verschiedenen Themenbereichen (u.a. Materialflüsse, Lieferketten, Kreislaufwirtschaft, Bergbaupolitiken, Rohstoffpolitik, Responsible Mining, Nachhaltiges Bauen)
- **Herausforderungen, Handlungsbedarf, Lösungsvorschläge**
- 12.30 Uhr *Mittagsimbiss*
- 13.15 Uhr **Austausch der Ergebnisse und nächste Schritte**
- Auf welchen Ebenen können Lösungsvorschläge umgesetzt bzw. weiter ausgearbeitet werden? (z.B. Politikprozesse, Forschungsagenden/Projekte, Publikationen).
 - Wie kann eine Zusammenarbeit aussehen? Welche konkreten nächsten Schritte braucht es dazu?
- 15.00 Uhr **Ende der Veranstaltung**

3 EINLEITUNG

Natürliche Ressourcen bilden die Grundlage allen menschlichen Lebens und Wirtschaftens. Ihr Verbrauch steigt seit Jahrzehnten kontinuierlich an. In Bezug auf mineralische Rohstoffe hat insbesondere die Entwicklung von neuen Technologien beispielsweise in den Bereichen IT, Verkehr und erneuerbare Energien zusätzliche Nachfrage geschaffen. Die Förderung und Aufbereitung von mineralischen Rohstoffen sind häufig mit negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen sowie damit in Zusammenhang stehenden Konflikten in den Abbauländern verbunden. Laut dem neuesten Report von UN Environment sind Rohstoffabbau und Verarbeitung für 50% der Klima-Emissionen und 90% des Biodiversitätsverlustes und der Wasserknappheit verantwortlich¹.

Österreich spielt im Verhältnis zu seiner Größe eine wichtige Rolle im Bereich des Abbaus und der Nutzung von Rohstoffen durch lange Tradition und weltweit anerkanntes Know-how im Bergbau und in der Metallverarbeitung. Zudem wird in verschiedenen Forschungseinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen intensiv zu unterschiedlichen globalen Aspekten des Rohstoffbereichs gearbeitet. Die Bundesregierung hat im Mai 2019 das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus beauftragt, eine „Integrierte Österreichische Rohstoffstrategie“ zu erarbeiten, die auf die Bedürfnisse einer nachhaltigen und ökologisch sinnvollen Rohstoff-, Klima- und Energiepolitik ausgerichtet ist.

Angesichts der sozialen und ökologischen Auswirkungen der Rohstoffextraktion wird der Ruf nach einer Ressourcenwende immer lauter. Dafür braucht es weit reichende Maßnahmen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Konsum und die Bündelung von Wissen und Know-how aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen. Die Veranstaltung „Zukunftsfähige Rohstoffpolitik“ am 27. November 2019 brachte rund 50 ForscherInnen und VertreterInnen von Zivilgesellschaft und Verwaltung aus unterschiedlichen Disziplinen und Bereichen zusammen. In interaktiven Formaten wurde Wissen ausgetauscht, über Maßnahmen für eine zukunftsfähige Rohstoffpolitik nachgedacht sowie die Vernetzung zwischen den AkteurInnen gestärkt. Zudem präsentierten VertreterInnen des Forschungsprojekts „Ressourcenwende“ die bisherigen Studienergebnisse.

Die Dialogkonferenz wurde von der Österreichischen Forschungsförderung für Internationale Entwicklung (ÖFSE) gemeinsam mit dem Institut für Technikfolgen-Abschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Rohstoffe veranstaltet. Modifiziert wurde die Veranstaltung von Karin Küblböck, Mahshid Sotoudeh, Hannes Grohs, Ines Omann und Barbara Saringer-Bory.

4 BEGRÜSSUNG DURCH DIE ORGANISATORINNEN

Bei der Begrüßung betonten Karin Küblböck, ÖFSE, und Mahshid Sotoudeh, ÖAW, dass eine Ressourcenwende die Zusammenarbeit von allen AkteurInnen braucht und dass diese Veranstaltung zum Ziel hat, durch transdisziplinäre Vernetzung neues Wissen und neue Kontakte und Kooperationen zu generieren. In den jeweiligen Bereichen ist essenzielles Wissen und Expertise vorhanden. Durch die Schaffung eines geschützten Dialograums können neue und oft auch überraschende Lösungsvorschläge erarbeitet werden.

¹ Oberle B, Bringezu S, Hatfield-Dodds S, Hellweg S, Schandl H, Clement J, Cabernard L, Che N, et al. (2019). Global Resources Outlook 2019: Natural Resources for the Future We Want. United Nations Environment Programme, Nairobi, Kenya <http://www.resourcepanel.org/reports/global-resources-outlook>

5 INTERVIEW MIT STEPHAN LUTTER UND HERBERT WASSERBAUER

Zum **Einstieg** führte Karin Küblböck, ÖFSE, ein **Interview** mit **Stephan Lutter** von der Forschungsgruppe „Globale Ressourcennutzung“ am Institute for Ecological Economics der Wirtschaftsuniversität Wien, und **Herbert Wasserbauer**, Referent für Rohstoffpolitik bei der Dreikönigsaktion der Katholischen Jungschar.

Thema des Interviews war u.a. die Frage, welche unterschiedlichen Rollen Forschung und Zivilgesellschaft für das Erreichen einer Ressourcenwende spielen können.

Wasserbauer betonte die wichtige Rolle, die zivilgesellschaftliche Organisationen durch das Aufbauen von Druck und die Herstellung von Öffentlichkeit spielen, etwa beim Thema Konfliktmineralien, bei der Sichtbarmachung der Auswirkungen von Umweltschäden (wie etwa dem Bruch des Rückhaltebeckens eines Bergwerks in Mariana/Brasilien) oder dem Aufzeigen von schlechten Arbeitsbedingungen etwa in der Elektronikindustrie.

Lutter wies auf die Bedeutung der Forschung bei der Ressourcenwende hin, u.a. beim Thema Kreislaufwirtschaft oder wenn es darum geht, mittel- und langfristige Auswirkungen von bestimmten Maßnahmen einzuschätzen. Um gesellschaftlich wirksam zu sein, sei es wichtig, die richtigen Kommunikationskanäle und Kooperationspartner zu finden und Forschungsergebnisse u.a. für zivilgesellschaftliche Akteure zugänglich zu machen. Letztere können diese Ergebnisse wiederum für eine breitere Öffentlichkeit aufbereiten und vermitteln bzw. für politische Arbeit verwenden können. Gleichzeitig sei im Rahmen von zivilgesellschaftlicher Arbeit kreiertes Wissen und Informationen – etwa über Rohstoffkonflikte – für Forschungsprozesse wie beispielsweise die Formulierung relevanter Forschungsfragen zentral.

Ein wichtiges Thema des Interviews war die Frage der Sichtbarmachung und Einbindung der Perspektive von Ressourcenabbau betroffener Gruppen. Wasserbauer berichtete, dass etwa in Lateinamerika extraktive Projekte immer wieder gegen den Widerstand der lokalen Bevölkerung u.a. mithilfe des Militärs durchgesetzt werden und dass VertreterInnen lokaler Bewegungen oft Repression bis hin zu Todesgefahr ausgesetzt sind. Auf der anderen Seite sei es auch nötig, die Perspektiven der von Regulierungen betroffenen Gruppen miteinzubeziehen – Lutter nannte die demonstrierenden Landwirte in Berlin, die gegen die Verschärfung der Düngeverordnung demonstrierten als Beispiel.

Ein weiteres Thema, das angesprochen wurde, war die Frage, welche Forschung als gesellschaftlich relevant eingestuft und somit gefördert wird. Andere Fragen in diesem Zusammenhang sind: Wie werden Forschungsagenden formuliert? Welche Kriterien stehen in den Ausschreibungen? Welche Forschungsthemen werden von öffentlicher Seite bzw. privaten Stiftungen etc. gefördert? Inwieweit trägt die aktuelle Forschungsförderungspolitik zu einem Fortschritt hin zu einer echten Ressourcenwende bei?

6 REFERAT: GEMEINSAM FÜR DIE RESSOURCENWENDE – THESEN ZU DEN RAHMENBEDINGUNGEN EINER NEUEN RESSOURCENPOLITISCHEN VERNETZUNG

ReferentInnen

Franziska Mohaupt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) in Berlin im Forschungsfeld „Unternehmensführung und Konsum“ mit den Schwerpunkten Innovationsforschung für die Energiewende, Ressourcenpolitik und Beteiligungsprozesse. **Benedikt Jacobs** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Rohstoff- und Ressourcenpolitik beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ebenfalls in Berlin. Beide begleiten in ihren jeweiligen Organisationen das Projekt „Ressourcenwende“

Inhalt des Vortrags

Inhalt des Vortrags waren die bisherigen Ergebnisse des Projekts „Ressourcenwende“, eines Kooperationsprojekts zwischen BUND, IÖW und dem Deutschen Naturschutzring (DNR). Das Projekt zielt darauf ab, zivilgesellschaftliche Organisationen und Forschungsinstitute zu vernetzen, um eine ganzheitliche Perspektive zu Ressourcenpolitik zu erarbeiten. Ausgangspunkt ist, dass Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft regelmäßig mit verschiedenen Fragestellungen im Kontext von Ressourcenpolitik konfrontiert sind, die jeweiligen Betrachtungsweisen sich jedoch oft auf Einzelthemen beschränken. Somit fehlen Ideen und Konzepte für eine Ressourcenpolitik, die planetare Grenzen ebenso berücksichtigt wie Fragen globaler Verteilungsgerechtigkeit. Das Projekt hat zum Ziel, über die Analyse von offenen Fragen im ressourcenpolitischen Diskurs bei den zivilgesellschaftlichen Verbänden und in der Wissenschaft Lücken gezielt zu bearbeiten und Debatten anzustoßen. Eckpfeiler für eine suffizienzbasierete Ressourcenpolitik sollen erarbeitet und politische Handlungsfenster identifiziert werden.

Das Projekt Ressourcenwende besteht aus drei **Kernelementen**:

1. Vorstudie: Literaturanalyse & Interviews
 - Das Feld Ressourcenpolitik abstecken
 - Akteursanalyse: Wer gehört dazu?
 - Grundlage für die transdisziplinäre Zusammenarbeit schaffen
2. Workshopserie
 - Netzwerkbildung initiieren
 - erste politische Forderungen formulieren
 - Herausforderungen, Handlungsbedarf und Lösungsansätze gemeinsam definieren, um diese anschließend in dem institutionalisierten Netzwerk weiter zu diskutieren und zu bearbeiten.
3. Homepage (www.ressourcenwende.net)
 - Austausch- und Vernetzungsplattform

Die erste Projektphase sollte u.a. Hürden und Chancen im Austausch von Wissenschaft und Verbänden erfassen.

Im Rahmen des Vortrags stellten Mohaupt und Jacobs als Ergebnisse der Vorstudie und des ersten Workshops drei **Thesen** zum Aufbau eines ressourcenpolitischen Netzwerks in Deutschland vor und präsentierten im Anschluss die Ergebnisse der Erhebung zu Bedarf und Forderungen in Bezug auf verstärkte Zusammenarbeit zwischen NROs und Wissenschaft.

These 1 – Multiple Problemlagen & Verengung der Debatte

Die Debatte um Ressourcenpolitik ist durch multiple Problemperspektiven geprägt. Diese werden jedoch bisher noch überwiegend getrennt adressiert. Die politische Debatte der letzten zehn Jahre hat vor allem die ökonomisch-ökologischen Potenziale von Effizienz- und Konsistenzansätzen² betont. Dies hat jedoch nicht zur einer absoluten Reduktion des Ressourcenverbrauchs geführt. Mohaupt und Jacobs betonten, dass eine zukunftsorientierte Rohstoffpolitik daher eine Suffizienz-Perspektive benötigt, die sich nicht nur mit bewusstem Konsum und/bzw. Verzicht im persönlichen Alltag beschäftigt, sondern auch mit der Frage nach alternativen Ökonomiekonzepten wie De-Growth oder Postwachstumsökonomien auseinandersetzt.

These 2 – Absolute Senkung des Verbrauchs als Ziel

Es ist zu bezweifeln, dass sich das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppeln lässt. Daher muss ein zentrales Ziel von Ressourcenpolitik die sofortige und absolute Senkung des Verbrauchs auf ein ökologisch nachhaltiges Maß sein. Diese Senkung muss global gerecht und menschenrechtlich vertretbar sein. Stichworte sind hier auch Kreislaufwirtschaft, Ökodesign oder Recyclingvorgaben. Eine Suffizienz-basierte Ressourcenpolitik muss u.a. konkrete Verbrauchsgrenzen („Caps“) definieren. Die Festlegung von Caps für die Entnahme von Rohstoffen spielt eine wichtige Rolle, weil nur so über konkrete Mengengrenzungen verhandelt werden kann. Gleichzeitig birgt dies auch eine Herausforderung – wie viele Rohstoffe dürfen noch gewonnen werden und unter welchen Bedingungen? Wie können endliche Ressourcen global gerecht verteilt werden?

Auch für den Konsumbereich muss gelten, dass er mit weniger Ressourcen einhergehen muss. Aber Suffizienz ist dabei nicht gleich Verzicht, zudem wird individueller Verzicht allein die globalen Herausforderungen nicht lösen. Wichtig ist ein alternatives Narrativ zur Verzichtsdebatte.

These 3: Neuorientierung & Repolitisierung in Zivilgesellschaft und Wissenschaft

Eine Ressourcenwende erfordert eine Neuorientierung und Repolitisierung sowohl in der Wissenschaft als auch in der Zivilgesellschaft. Denn in der *Wissenschaft* ist die Tendenz einer Entpolitisierung von Fragestellungen und Disziplinen zu beobachten. Außerdem fokussieren viele Forschende zu stark auf ihren disziplinären Zugang und berücksichtigen die übergreifenden Zusammenhänge zu wenig (Entkontextualisierung). Insgesamt sind Forschungsagenden und -förderungen zu wenig auf eine übergreifende Forschung ausgerichtet und an normative Ziele wie bspw. den Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung gekoppelt. In der *Zivilgesellschaft* gibt es eine starke Orientierung an den Debatten und Prozessen auf Ebene staatlicher Politik. Dies führt zu einer Fokussierung auf Einzelthemen (z.B. Plastiktüten oder Mülltrennung). Die integrierte Betrachtung mehrerer Problemlagen kommt oft zu kurz.

Im Anschluss an die Thesen wurden die Ergebnisse der Interviews mit VertreterInnen von NROs und Forschungsinstituten zum **Bedarf** und den **Forderungen** der jeweiligen Bereiche vorgestellt, um den transdisziplinären Austausch zu intensivieren.

² Bei Konsistenz geht es darum, die eingesetzten Ressourcen immer wieder neu zu nutzen, also z.B. Produkte so zu konzipieren, dass die Einzelteile gut recycelbar/wiederverwendbar sind.

1. NRO-Perspektive:

Bedarf: Passgenaue Ergebnisaufbereitung, Austausch mit der Wissenschaft, Forschungsprojekte mitgestalten

Forderung an die Wissenschaft: Forschung hinterfragen, Übergreifende Forschungsansätze, Auseinandersetzung mit Zielen der Ressourcenpolitik

2. Perspektive der WissenschaftlerInnen

Bedarf: NROs sollen mehr als nur als Auftraggeber fungieren, sie sind Vermittler von Forschungsergebnissen. Eine andere Reputationslogik, die sich stärker am Beitrag der Erreichung von zuvor (im Austausch mit NRO) gesetzter Ziele misst, als an der Veröffentlichung in renommierten Journals.

Forderungen an NROs: sich mit Wissenschaftssystem befassen, Vision für Ressourcenwende erarbeiten – gemeinsame Ziele entwickeln, „Übersetzung“ von Forschungsergebnissen in politische Forderungen

Um eine ganzheitliche **Vision für eine Ressourcenwende** zu erarbeiten, nannten Jacobs und Mohaupt abschließend folgende nächste Schritte:

Inhalte/Themen:

1. Forschungsfragen gemeinsam entwickeln
2. Leerstellen in Wissenschaft identifizieren
3. Forderungen an die Politik formulieren

Prozess:

1. Austausch systematisieren
2. Schnittstellen für Austausch identifizieren
3. Formate entwickeln

Weiterführende Fragen

Als Fazit des bisherigen Projektverlaufs stellen sich für Jacobs und Mohaupt insbesondere folgende Fragen für den weiteren Prozess:

- Welche (Art von) Ergebnisse(n) braucht die Ressourcenwende?
- Welche (normative) Zielsetzung sollten die Akteure mit Forschung und Politik verfolgen? Wie sollte die Forschung hierfür gestaltet werden?
- Wie sollte NRO-Arbeit hierfür aussehen?

Die Forderungen müssen sich dabei nicht an realpolitischen Forderungen orientieren, vielmehr geht es darum, eine weiter führende Vision zu entwickeln. Denn auch diese kann Auswirkungen auf weitere politische Agenden im Bezug auf Rohstoffpolitiken haben.

7 KLEINGRUPPEN

Im Anschluss an die Inputs teilten sich die TeilnehmerInnen in **vier Kleingruppen** zu den folgenden Themen auf:

- Internationale Rohstoff- und Handelspolitik**
- Bergbaupolitik**
- Kreislaufwirtschaft, Fokus Erzeugung/Verwendung**
- Kreislaufwirtschaft, Fokus Recycling**

In den jeweiligen Kleingruppen sammelten die TeilnehmerInnen in einem ersten Schritt die wichtigsten Herausforderungen in Bezug auf den Themenbereich und diskutierten in einem zweiten Schritt mögliche Maßnahmen, um diesen Herausforderungen zu begegnen.

Gruppe A: Internationale Rohstoff- und Handelspolitik

Moderation: Karin Küblböck, ÖFSE

Protokoll: Jonas Nietschke, ÖFSE

Die **TeilnehmerInnen** der Arbeitsgruppe waren v.a. SozialwissenschaftlerInnen von verschiedenen Universtitäten und Forschungseinrichtungen (Uni Wien, TU Wien, WU Wien, BOKU, Uni Salzburg, ÖFSE) sowie von Zivilgesellschaft (AG Rohstoffe, DKA, WUSA) und Verwaltung (UBA). Die inhaltlichen Schwerpunkte der TeilnehmerInnen waren u.a. Kreislaufwirtschaft, Materialflüsse, Wertschöpfungsketten, Ressourcenverbrauch, Rohstoff- und Energiepolitiken.

Runde 1 und 2: Herausforderungen/Zusammenfassung der Herausforderungen

Als Herausforderungen nannten die TeilnehmerInnen u.a.

- Fehlende **Governance** im Rohstoffbereich – z.B. fehlendes Gremium für „Ressourcennende“ mit konkreten Zielsetzungen analog zum Klimaschutz
- Der Diskurs über Ressourcenpolitik wird von **Unternehmen dominiert**
- Durch fehlende **Transparenz** der Ressourcenflüsse kann kaum ein Zusammenhang zwischen Abbau und Konsum hergestellt werden – Abbau findet oft unter sozial und ökologisch verheerenden Bedingungen statt, durch höhere Transparenz könnte der Druck auf Produzenten steigen.
- Ungleiche Machtverhältnisse** führen zu ungleicher Verteilung von Kosten und Einnahmen aus Rohstoffen
- Fehlende ökologische **Kostenwahrheit**/Bepreisung von Ressourcenabbau
- Handelsrechtliche Instrumente** verfolgen nicht ernsthaft das Ziel, Menschenrechtsverletzungen (z.B. ArbeitnehmerInnenrechte) oder negative ökologische Auswirkungen zu sanktionieren
- Fehlende verpflichtende menschenrechtliche **Sorgfaltspflichten** für die gesamte Lieferkette
- Menschen, die vor Ort **von Bergbau betroffen** sind, kommen im offiziellen Diskurs nicht vor – auch nicht deren alternative Vorstellungen und Lebensweisen
- Widersprüche** (z.B. für ArbeitnehmerInnenorganisationen in Österreich), da etwa die Verarbeitung von Rohstoffen in Österreich viele Arbeitsplätze bereitstellt.

Runde 3: Maßnahmen

Maßnahmen, die diskutiert wurden, waren u.a.

- ❑ Die Verankerung von (strengerer) internationalen Vorgaben und **rechtlichen Standards** im Bereich Menschenrechte, Ökologie, Lieferkettenverantwortung, Kreislaufwirtschaft, (Müllvorschriften, Ökodesign,...), öffentlicher Beschaffung, u.a. in internationalen Handelsverträgen, auf EU- und UN-Ebenen, etc. Eine konkrete Möglichkeit wäre, im **Kreislaufwirtschaftspaket** der neuen Kommission neue Standards zu verankern. Des Weiteren sollten diese Aspekte auch in die neu zu formulierende **Österreichische Rohstoffstrategie** integriert werden. Weitere aktuelle Politikprozesse sind etwa die Verhandlungen zum **UN Treaty** für Wirtschaft und Menschenrechte³ sowie die Umsetzung der **EU-Konfliktmineralienverordnung**. Um wichtige Inhalte in Politikprozesse einzubringen, ist eine **Zusammenarbeit** zwischen Forschung und Zivilgesellschaft zentral.
- ❑ Ein prominenter Diskussionspunkt in der Arbeitsgruppe drehte sich um die Frage von potentiellen **GewinnerInnen und VerliererInnen** einer Ressourcenwende. Einerseits betonten TeilnehmerInnen, dass bei dieser Debatte oft vernachlässigt wird, wie viele Menschen am aktuellen System von Ressourcenextraktion und -verbrauch aktuell verlieren, etwa durch Umweltauswirkungen, Verlust von Lebensgrundlagen, etc. Andererseits wurde diskutiert, dass etwa von höheren Rohstoff- und Energiepreisen, bzw. vom Verlust von Arbeitsplätzen in der verarbeitenden Industrie auch in Industrieländern oft sozial benachteiligte Menschen besonders betroffen sein werden. D.h. ein wesentlicher Fokus von Strategien in Richtung Ressourcenwende muss auf **verteilungspolitischen Auswirkungen** (Stichwort sozial gerechte Transformation) liegen, sowie auf der Frage, wie **Lebensgrundlagen** jenseits von kurzlebigen materiellen Konsumgütern gesichert werden können (Wohnen, Mobilität, Kommunikation,...). **Forschung** kann hier einen wesentlichen Beitrag zu dieser Debatte leisten.
- ❑ Ein weiterer Aspekt, der diskutiert wurde, war die Frage nach der **Schaffung von Alternativen** zum Bergbau und zum Export von unverarbeiteten Rohstoffen in den Abbauländern und die Notwendigkeit von wirtschaftlich-politischem Handlungsspielraum von Kooperation und Know-how Transfer.
- ❑ Ein weiteres damit zusammenhängendes Thema der Arbeitsgruppe war die Frage **nach alternativen Wohlstandsbegriffen**. Die Gruppe war sich einig, dass es ein **neues, positives Narrativ** braucht, das die Frage nach einer lebenswerten Welt ins Zentrum rückt und Wohlstand mit geringem Ressourcenkonsum und mit mehr Wertschätzung für Unbezahlbare (Umwelt, Menschenrechte) verknüpft – und nicht mit einem Appell zu Verzicht. Stichwort: Genuß von nachhaltigen Produkten (z.B. Lebensmitteln), längere Lebensdauer von Produkten, Reparierfähigkeit, Nutzen/Teilen statt besitzen etc. Dabei sollten auch die Lebensverhältnisse mit in den Blick genommen werden – z.B. welche Wohn-/ Lebensformen führen zu weniger Ressourcenkonsum? (z.B. gemeinschaftliches Wohnen).
- ❑ Als zentral wurde dabei erachtet, dass alle **Betroffenen** in diese Diskussionen eingebunden werden und alle Stimmen gehört werden. Da ist auch die **Forschung und Lehre** gefragt bzw. auch die Ausrichtung von Forschungsagenden – wie wird in der Forschung sichergestellt, dass verschiedene Sichtweisen gehört und gesehen werden? Forschungsmethoden und Lehre müssen da z.T. überdacht werden.

³ <https://www.ohchr.org/en/hrbodies/hrc/wgtranscorp/pages/igwgontnc.aspx>

Gruppe B: Bergbaupolitik, Arbeitsbedingungen, Unternehmensverantwortung

Moderation Barbara Salinger-Bory, ITA/ÖAW

Protokoll: Luana Schäfer, Paulo Freire Zentrum

Die TeilnehmerInnen der Kleingruppe setzten sich aus ForscherInnen von verschiedenen Instituten der Uni Wien, WU Wien, Montanuniversität sowie VertreterInnen der zivilgesellschaftlichen Organisationen Weltumspannend Arbeiten, Jane Goodall Institut, Südwind Agentur und des Unternehmens ISG Plus GmbH zusammen. Die TeilnehmerInnen hatten z.T. sehr unterschiedliche Hintergründe und Sichtweisen. Arbeitsschwerpunkte sind internationale Rohstoffpolitiken, Rohstoffabbau, Materialflüsse, Rohstofflieferketten, Unternehmensverantwortung, nachhaltiger Bergbau, Landgrabbing, und Bildungs- und Vermittlungsarbeit.

Runde 1: Herausforderungen

In der ersten Runde nannten die TeilnehmerInnen u.a. folgende **Herausforderungen** und Themen:

Unternehmensverantwortung

- Wer ist verantwortlich für die sozial-ökologischen Folgen der Rohstoffindustrie? Staat oder Unternehmen?
- Wo ist die Verantwortung von Unternehmen angesiedelt, wenn ein Produkt aus vielen unterschiedlich produzierten Teilen besteht?
- (Wie) kann man Unternehmen für die Bedingungen und Folgen von Rohstoffabbau verantwortlich machen?
- Welchen Einfluss/Verantwortung haben Unternehmen aus dem globalen Norden auf Politiken im globalen Süden, z.B. im Fall des Einsatzes von militärischer und paramilitärischer Gewalt, um Bergbauprojekte durchzusetzen?
- Was sind Möglichkeiten und Grenzen von Corporate Social Responsibility?
- Wie reagieren Unternehmen auf Kritik, z.B. von zivilgesellschaftlichen Organisationen?

Einnahmen/Kostenwahrheit

- Wie kann man die sozial-ökologischen Folgen der Rohstoffindustrie messen und bewerten?
- Was würde passieren, wenn Bergbauunternehmen für CO₂-Emissionen bezahlen müssten? Was wären u.a. die Auswirkungen auf Kupfer-, Gold- und Eisenbergbau?
- Wie können die Gewinne aus der Rohstoffentnahme gerechter verteilt werden?

AkteurInnen

- Wer sind die wichtigsten AkteurInnen in Abbau, Produktion und Vertrieb?
- Welche Rolle spielt China als neuer Global Player in der Rohstoffindustrie?

„Nachhaltiger“ Bergbau – Alternativen?

- Wie müsste nachhaltiger Bergbau aussehen? Kann es so etwas überhaupt geben?
- Welche Alternativen kann man Menschen, die derzeit im Sektor des Rohstoffabbaus arbeiten, anbieten, sodass ihre ökonomische Sicherheit weiterhin gewährleistet ist?

- Was passiert mit Arbeitsplätzen, wenn die Kritik an der Rohstoffindustrie zunimmt und zu Veränderungen führt?
- Umstellung von linearen auf zirkuläres Wirtschaften – welche Schritte sind nötig?

Rolle der Zivilgesellschaft

- Welche Erfolge können durch Zivilgesellschaft und NGOs erzielt werden? Welche Perspektiven gibt es für Langzeitveränderung?

Runde 2: Zusammenfassung der Herausforderungen

Bei der **Zusammenfassung der Herausforderungen** entschied sich die Gruppe, die individuellen Fragen in fünf wichtige Themengebiete einzuteilen. Es sollten zunächst Fragen formuliert werden, die danach helfen können, Lösungen zu entwickeln. Aus den einzelnen Fragen heraus entwickelten sich z.T. lebhafte Diskussionen.

Arbeitsbedingungen + Alternativen

- Wie kann man Arbeitsbedingungen verbessern?
- Welches wären alternative Einkommensquellen?

Große Firmen sind in Bezug auf Arbeitsbedingungen oft weniger problematisch. Jobs sind meist verhältnismäßig gut bezahlt. Das Problem sind kleinere Bergbauunternehmen ohne Standards. Sie können einfach verschwinden, wenn sich die Bedingungen ändern, und die Arbeiter stehen ohne Sicherheit da. Politische Lenkung hat den Vorteil, dass Staaten nicht einfach verschwinden können.

Instabilität entsteht jedoch, wenn Staaten des globalen Nordens sich aus wirtschaftlichen oder ökologischen Gründen aus der Produktion zurückziehen. Dann werden kleine Unternehmen, die nicht den Standards entsprechen, einfach weiterverkauft.

- Wie können Kontakte zu Unternehmen entstehen?
- Wie kann Druck aufgebaut werden?
- Wie kommt man zu einer demokratischen Entscheidungsfindung in Abbaugebieten?

Unternehmensverantwortung + CSR

- Wie können abbauende/nachfragende/verarbeitende Unternehmen in die Verantwortung genommen werden, um Kostenwahrheit zu erwirken?

Kooperationen zwischen Bergbauunternehmen werden immer häufiger. Diese sind problematisch, weil große Konzerne mit lokalen Unternehmern zusammenarbeiten aber keine Verantwortung für die Abbaubedingungen übernehmen. Sie lagern ihre Produktion aus und kaufen stattdessen die Rohstoffe an. In dieser Beziehung ziehen sich in wohlhabenden Regionen ansässige Konzerne häufig aus der Verantwortung.

Durch Veränderungen in Rohstoffpolitik und dem Markt können erreichte positive Entwicklungen verloren gehen. Durch das protektionistische Vorgehen von China sieht sich Europa gezwungen, selbst wieder verstärkt in den Abbau von Rohstoffen einzusteigen, um wettbewerbsfähig zu bleiben; ein Beispiel sind die seltenen Erden. Partikularinteressen überwiegen und Handlungsmöglichkeiten werden ausgenutzt. In diesem Zusammenhang geht die wichtige Diskussion um eine Weiterverarbeitung von Rohstoffen in den Abbauländern verloren.

Transparente Lieferketten

- Wie kann man zu Informationen über Zulieferung kommen?
- Wie kann man verschiedene Informationsquellen nutzen?
- Wie kann man Firmen zur Verantwortung ziehen?
- Gibt es eine direktere Verbindung von Abbau und Wertschöpfungskette oder geht es nur über Veränderungen des Konsums?

Österreich kann sich leicht aus der „Affäre“ ziehen, wenn es sich ausschließlich als Konsument definiert. Österreichische Firmen verarbeiten jedoch massiv Rohstoffe, die nicht im Land bezogen werden. Viele Metalle z.B. kommen aus Brasilien, oder auch aus anderen europäischen Ländern, z.B. Schweden.

Die Beschaffung von Rohstoffen ist oft nicht nachhaltig und basiert auf Ausbeutung im globalen Süden. Es gibt zwar eine Nachhaltigkeitsforderung, Unternehmen achten jedoch nicht ausreichend darauf, mit wem sie zusammenarbeiten und ob Menschenrechte überall eingehalten werden.

In der Diskussion wurde der Fokus darauf gelegt, dass es für den KonsumentInnen einfach lesbare, deutliche Herkunfts- und Arbeitsbedingungskriterien auf den einzelnen Produkten geben sollte. Diese Informationen sollten wie die Kennzeichnung der Inhaltsstoffe von Lebensmitteln oder die Energieeffizienz von Elektrogeräten verpflichtend anzubringen sein.

Wie kann Weiterverarbeitung vor Ort etabliert werden?

Die Diskussion drehte sich um das Thema, dass Weiterverarbeitung vor Ort oft sehr voraussetzungsvoll ist und u.a. technisches Know-how verlangt (bspw. Lithium in Bolivien) sowie von der Art der Ausgestaltung der jeweiligen Wertschöpfungsketten abhängt.

„Nachhaltiger“ Bergbau?

Viele Menschen, die im Bergbau tätig sind (insbesondere in OECD-Ländern), haben keine langfristige Einkommenssituation. Sie werden in die Bergbaugebiete eingeflogen und bekommen keine permanenten Jobs. Aus ökologischer und ökonomischer Perspektive macht es keinen Sinn, mehr Bergbaustädte zu bauen, denn Rohstoffvorkommen sind endlich. In weniger als 30 Jahren werden viele Abbaugebiete ausgeschöpft sein und keine Arbeitsplätze mehr bieten.

Neben eingeflogenen Arbeitern wird durch Roboter-gesteuerter Abbau immer lukrativer. Mehrere Fahrzeuge auf einmal können von einer Person gesteuert werden, die 3.000 km entfernt in einem Control Center sitzt. Zwar fallen dadurch einerseits die besser bezahlten Jobs weg. Auf der anderen Seite gewährleisten automatisierte Abbauverfahren höhere Sicherheitsstandards und bessere Arbeitsbedingungen für Angestellte. Die neue Methode kann jedoch nur bei einfach abzubauenen Materialien angewendet werden. Viele Betriebe bleiben auf manuelle Arbeit angewiesen.

Globales Wirtschaftssystem/Kreislaufwirtschaft

- Welche Maßnahmen braucht es, um das System in Richtung einer Kreislaufwirtschaft zu verändern?

Beispiel Ressourcen-Leasing: Funktioniert heute schon im Fall des Platinabbaus in Südafrika, wo die Vorkommen größtenteils im Besitz einer ethnischen Gruppe sind. Ein Unternehmen bekommt das Metall, bezahlt dafür Miete und muss es nach der Nutzung wieder zurückgeben.

Das hat den Vorteil, dass das Unternehmen auch dann immer noch theoretisch im vollen Besitz seiner Ressourcen ist, wenn diese abbautechnisch aufgebraucht sind. Die Methode ist jedoch von Marktkonzentration einerseits und der Verweildauer des Materials andererseits abhängig. Bei dezentralisiertem Abbau/Besitz oder schlecht recycelbarem Material treten Probleme auf.

Runde 3: Maßnahmen

Es wurde als schwierig empfunden, konkrete Maßnahmen zu den Fragen zu formulieren. Einige Ergebnisse der Diskussion lassen sich trotzdem anführen.

1. **Arbeitsbedingungen + Alternativen**
Aufklärung im Investmentbereich nutzen, um Druck auf Unternehmen aufzubauen
2. **CSR:** Einfluss von CSR-Abteilungen in Unternehmen weiter ausbauen
3. **Transparente Lieferketten**
Informationen zu Zulieferung generieren
Weiterverarbeitung vor Ort wo möglich fördern
4. **Beschaffungspolitik: Ausschreibungen**
Nachhaltigkeit- und Transparenzkriterien verankern
5. **Sozialökologische Folgen**
Automatisierten Bergbau einsetzen, um Menschen zu schützen und Ressourcen einzusparen.
6. **Globales Wirtschaftssystem**
Sozialökologische Forderungen müssen in ein globales Wirtschaftssystem eingebettet werden. Das derzeitige System ist linear, es muss jedoch zirkulär werden. Leasing von Ressourcen bietet einen Ansatz, der zirkuläre und nachhaltige Wirtschaft ermöglichen könnte.

Gruppe C: Circular Economy I

Moderation: Ines Omann, ÖFSE

Protokoll: Daniela Hinderer, Paulo Freire Zentrum

Die TeilnehmerInnen der Arbeitgruppe waren von der BOKU, Materials Center Leoben, VCÖ, Repanet, BUND, WWF und ÖFSE. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind unterschiedliche Aspekte von Kreislaufwirtschaft, Mobilität, Recycling, sozialökologische Transformation.

Runde 1: Herausforderungen

In der ersten Runde nannten die TeilnehmerInnen u.a. folgende **Herausforderungen** und Themen:

- Kreislaufwirtschaft muss von „vorne“ gedacht werden nicht von hinten (Recycling) → z.B. nachhaltiges Produktdesign.
- Unklare Zuständigkeiten – wer trägt Verantwortung für Circular Economy und treibt sie voran?
- Es gibt keine einheitliche Definition von Kreislaufwirtschaft, z.B. Zirkularitätsindikatoren.
- Es fehlen u.a. konkrete politische Instrumente, die zu Abfallvermeidung führen.
- Fehlende Information zu Rohstoffen

- Zu wenig Verbindung von Sozial- mit Umweltthemen
- Wirtschaftssystem mit fehlender Kostenwahrheit
- Wirtschaftspolitik und Businessmodelle drängen zu mehr Ressourcenverbrauch z.B. Tiefseeressourcen
- Zentrumsparteien sind mit fossiler Ressourcenpolitik in Interdependenz (Bauern, PendlerInnen u.a.); Wie da ansetzen?
- Politische Entscheidungen basieren oft nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen.
- Forschungsprojekte: Nachhaltigkeit sollte als wichtigste Ebene in Ausschreibungen einfließen.
- Vorantreiben anderer Wachstums- und Konsumnarrative (Suffizienz statt Verzichtsdebatte)

Runde 2: Zusammenfassung der Herausforderungen

Soziale & ökologische Fragen verbinden (als übergeordnete Ebene)

1. Lebensstile (= materieller Konsum)

Das Konzept der Suffizienz ist aktuell weit weg vom Mainstream. Wie kann man das verändern?

2. Politisches System

Auf Wirtschaftswachstum und Verbrauch von fossilen Rohstoffen ausgelegt (durch Verbindung/Abhängigkeiten mit Industrie, Gewerkschaften). Interessensverbände machen Druck, dass Rohstoffverbrauch im Zentrum steht.

3. Wirtschafts- und Finanzsystem

Wirtschaftsmodelle drängen auf Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch. Wirtschaft ist wachstumsorientiert.

4. Zukunftsfähige Gestaltung von Produkten und Dienstleistungen

Abfallhierarchie: Abfallvermeidung ist nicht Teil von Gesetzen.

Wie können Produkte und Dienstleistungen neu (im Kreislauf, nachhaltig, zukunftsfähig) gedacht werden?

5. Fehlende Informationen: Umfassende Information zu Rohstoffen

Diese sind notwendig, um Studien zu erstellen und Indikatoren zu entwickeln.

Anmerkung: Unser Handeln wird von Rahmenbedingungen bestimmt, Ressourcenschonung bedeutet aktuell, gegen den Strom zu schwimmen. Der/die Einzelne kann etwas tun, aber das darf keine Ausrede für Einsetzen für und Umsetzen von politischer Regulierung sein.

Runde 3: Maßnahmen

1. Lebensstile (= materieller Konsum)

Umsetzung von Experimenten mit suffizientem Lebensstil

- Glücksforschung: Es reicht nicht, Studien zu zitieren (ab einem bestimmten Einkommen wird man nicht zufriedener), es braucht Realexperimente.
- Wie kann man aus Einzelbeispielen lernen und verbreitern?
- ⇒ Eine kritische Masse an Leuten kann andere inspirieren.

Verhältnisse schaffen, die diese Lebensstile begünstigen

- 20-Stunden-Woche (Zeitwohlstand erfahrbar machen)
- Politische Beteiligungsmöglichkeit
- Grundeinkommen (Politische Akteure müssen ernst nehmen, was bei Beteiligung rauskommt.)
- Je mehr Freizeit, desto mehr umweltfreundliches Handeln
- Gemeinschaft erfahrbar machen (Repair-Cafés)
- ⇒ Kritik: Das ist romantisierend, ich will mich nicht lokal beteiligen müssen/Repair-Cafés sind vor allem von PensionistInnen besucht.

2. Politisches System

Diskussion über Rohstoffverantwortlichkeit, wie kann man das definieren? Wie hängt das mit Umweltproblemen zusammen? Welche Maßnahmen können uns in einen umweltverträglichen Bereich führen?

Ressourcenpolitik: **Vision** entwickeln – wo soll es hingehen? Was kann das Ziel sein? Wie kommen wir da hin? Runterbrechen auf konkrete **Instrumente**. Wenn das Ziel fix ist, dann kann man die Akteure ihren eigenen Weg dorthin finden lassen.

Mit welchen Instrumenten komme ich zu einem bestimmten Ziel?

Physikalische Endlichkeit von Rohstoffen bewusst machen

- Beispiel: 2000-2015: gesellschaftliche materielle Bestände sind um 50% gewachsen (global) – Plastik um 100%

3. Wirtschaftssystem

Steuersystem

- Rohstoffe belasten, Arbeit entlasten
- Verpackungssteuer/Materialinputsteuer
- Kostenwahrheit

„Kluge“ Rohstoffpolitik Freiwilligkeit – Verbote

Es braucht informierte politische Akteure – erst freiwillige Vereinbarungen und dann, wenn keine Erfüllung, Verbote (Kaskade an Maßnahmen).

- ⇒ Anderer Standpunkt: Es bringt nichts, auf Freiwilligkeit zu setzen, es braucht ein politisches Ziel; z.B. ab 2030 gib es keine fossil betriebenen Autos mehr; dann mit der Industrie die Ziele schrittweise vereinbaren.
- Druck auf Hersteller aufbauen (Repair-Cafés zeigen Mängel auf und dokumentieren diese)
- Garantiezeiten verlängern

4. Produktdesign

Leasing/Sharing

- Dematerialisierung (Sharing) kann mehr Wirtschaftswachstum generieren, und Ressourcenverbrauch und Abfall senken

- Sharing-Modelle zur Reduzierung des Ressourcenverbrauchs unterstützen

Aber: Macht liegt bei den Herstellern (zB. Autokonzernen), die Hersteller achten aber nicht auf langlebige, ressourceneffiziente Produkte.

- ⇒ Regulierungen, die zu Langlebigkeit verpflichten – Verantwortung der Hersteller: Garantie, Reparatur, Rücknahmeverpflichtung
- ⇒ Eco-Design-Richtlinie umsetzen
- ⇒ Akkus müssen ausbaubar sein

5. Umfassende Information

- Datenbanken (durch Wissenschaft und statistische Ämter)
- Informationsbasis, die laufend aktualisiert werden kann
- Verpflichtende Auskünfte von Unternehmen (muss spezifiziert werden)
- Information über Lebensdauer von Produkten – hier Informationsfluss zu den KonsumentInnen beachten (Wie? Labels? aus der Perspektive von KonsumentInnen denken)
- Forschung muss Lösungen erarbeiten (Forschungsförderung dementsprechend gestalten)

Gruppe D: Circular Economy II/Schwerpunkt Recycling

Moderation: Mahshid Sotoudeh, ITA/ÖAW

Protokoll: Tina Selami, TU-Wien

Die TeilnehmerInnen der Gruppe kamen von der TU Wien, der ADA, dem Demontage und Recyclingzentrum, BMNT und der Südwind Agentur. Die Arbeitsschwerpunkte sind u.a. Lebenszyklusanalyse, Kreislaufwirtschaft, Recycling, Internationale Ressourcenpolitik, Urban Mining, Elektronikindustrie, Energietechnik.

Runde 1: Herausforderungen und Chancen

- Vernetzung und Kooperation zwischen unterschiedlichen Akteuren
- bessere Kommunikation zwischen Recycling und Produzenten
- Globales Denken von Auswirkungen, Kreislaufwirtschaft
- Internationaler Konsens fehlt, um globale Regelungen zu schaffen und durchzusetzen – es braucht einen Gesamtansatz/Gesellschaftsvertrag zur Rohstoffressourcenschonung
- Rohstoffabbau: ignorierte Folgenabschätzung
- Ressourcenthema stärker in der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit verankern
- Zusammenarbeit entlang der ganzen Wertschöpfungskette, von Produktion zum Konsum und Recycling
- Entscheidungsgrundlagen für nachhaltige Rohstoffversorgung besser aufbereiten
- Rohstoffversorgung: Früher war nur das geologische Wissen, Wirtschaftlichkeit und Technologie erforderlich. In den letzten 15 Jahren sind durchaus soziale und ökologische Kriterien und Standards dazugekommen, Bewertungen sind notwendig, damit Investitionskapital in den Bergbau fließt.

- Urban Mining, welche Rahmenbedingungen müssen geändert werden? – Wie sehr kann Urban Mining den Bedarf an Rohstoff abdecken?
- Recycling findet v.a. in Europa statt, aber der Bedarf der Rohstoffe ist wo anders (Asien)
- Lobby-Power: Wie schaffen wir es, dass die Themen umgesetzt werden? Einfluss auf die EntscheidungsträgerInnen
- Treiber: EU CE Paket, Richtlinien novelliert, Entsorgung von problematischem Abfall, Design 4 Recycling
- Qualität von recycelten Produkten, wie werden recycelte Anteile und Inhalte bewertet? Welche Materialien haben eine gute/schlechte Qualität?
- Lokalisierung/Optimierung der Logistik zum Recycling und Gebrauch der recycelten Produkte" (z.B. als Brennstoff für Fernwärme, Kunststoffe), globale Verteilung und Transport von Schrott, gemischter Abfall

Runde 2: Zusammenfassung der Herausforderungen und Chancen

- Verantwortung, Regulierung, Koordinierung
- Transparenz und Bewusstsein
- Wie schaffen wir, dass Wissen und Infos wirksam werden?
- Systemdenken: Es braucht Vernetzung und einen übergeordneter Ansatz.
- Gesamtsystem: Produkt, Abfall, Ökodesign, Entscheidungsentwicklung
- Sekundäre Rohstoffe: Bewertung, Verfügbarkeit, Urban Mining, Entscheidungsgrundlagen
- Qualitätsstandards: Industrie, NGOs, Wissenschaft
- Verantwortung, shared responsibility, aktuell keine Strategie für gemeinsame Verantwortung vorhanden
- Zusammenarbeit zwischen NGOs, Wissenschaft und EntscheidungsträgerInnen

Runde 3: Maßnahmen

Forschung/Wissen

- Stärkung der Fachgebiete bzw. des Kompetenzfelds soziale-ökologische-wirtschaftliche Nachhaltigkeit, z.B. TU Wien und TU Graz, Nachhaltigkeitsaspekt, sozialer Aspekt geht oft verloren.
- Thema Nachhaltigkeit sollte in allen Studienrichtungen vertreten sein.
- Wissenstransfer, Kooperation zwischen Unis und verschiedenen Ländern, Programme schaffen, z.B. im Appear Programm auch Süd-Süd Kooperationen fördern
- Inhaltlich Forschungsthemen zum Thema Rahmenbedingungen ausschreiben
- Allianz nachhaltiger Universitäten
- Inter/transdisziplinarität: Neue Inhalte im eigenen Forschungsbereich einbringen.
- Es braucht mehr Transparenz von Prozessen und Daten

Regeln/Anreize

- Ressourcenfolgen-Abschätzung (nach Vorbild Technikfolgen-Abschätzung)
- Bedürfnisse müsste man erfahren.
- Circular Economy: Firmen müssen durch Regeln und Anreize mit an Bord geholt werden.
- Verantwortung gesetzlich regeln: Wie können Regulierungen und Standards (bei der Entsorgung, Recycling) eingehalten und kontrolliert werden, bei Verteilung der Verantwortung an Herstellungsunternehmen? Gemeinsame Verantwortung mit dem Staat?
- Ein System ähnlich wie beim Risiko wäre notwendig, um Verantwortung weitergeben zu können, z.B. bei Gebäuden, wo die Zeitspanne sehr lang ist zwischen Herstellung und Abbau (monetarisierte Verantwortung).
- Steuern/Förderungen: Carbon Tax, Öko-Steuer, Förderungen im Sinne von Steuererleichterungen z.B. für Produkte, die sich auseinanderschrauben lassen.
- Steuerliche Senkung für Reparatur, Regulierung durch Gesetze.
- Unternehmensförderung im Austausch für Prozesstransparenz auf globaler Ebene, betrifft die Industrie. Eco-Design Richtlinie
- EMAS (Eco-Management und Audit Scheme) → für Transparenz
- Wirtschaftskreislauf etablieren, um Urban Mining wirtschaftlich einzusetzen
 - Recycling: Recyclingzentren in Entwicklungsländern
 - Produktdesign & erweiterte Herstellungsverantwortung
- Recycling von Elektroschrott lokal oder global? Transport von z.B. Batterien schwierig, wegen Regulierungen, um diese in Europa zu recyceln, da es bessere Recyclingzentren gibt. Recyclingzentren in Entwicklungsländer als mögliche Maßnahme.
- Wer übernimmt die Verantwortung beim Abbruch von Gebäuden? Z.B. Ziegel aus Gründerzeit, mangelnde Qualität zur Wiederverwertung → Alternativen zur Deponie? Entsorgungs- und Verwertungsverantwortung bei Herstellungsunternehmen?

Dialog

- KonsumentInnen und ProduzentInnen müssen von Anfang an im Rohstoffpolitik-Dialog beteiligt sein.
- Parallelen zwischen Österreich und Deutschland: Voneinander lernen durch parallelen Prozess.
- Kontakte und Netzwerke schaffen, um nächste Schritte gemeinsam zu unternehmen, Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und NROs ist wichtig.
- Nachhaltige Rohstoffpolitik braucht eine Zusammenarbeit von vielen verschiedenen Kompetenzen, unterschiedlichen Expertisen können auf einen Nenner gebracht werden.

8 NACHMITTAGSEINHEIT: POLITIKPROZESSE/MASSNAHMEN

In der **Nachmittagseinheit** wurden Politikprozesse gesammelt, in die die erarbeiteten Vorschläge und Ideen eingebracht werden können.

Auf **österreichischer Ebene** wurde u.a. die Neugestaltung von Ministerien und Kompetenzen in Österreich sowie die anstehende Formulierung der österreichischen Rohstoffstrategie genannt. Als wichtiger Ansatzpunkt wurde die Einführung von sozial-ökologischen Kriterien für (öffentliche) Beschaffung angeführt und etwa angeregt, dass die Bundesbeschaffungsagentur dem Netzwerk Electronics Watch beitreten soll.

Auf **EU-Ebene** wurde u.a. die Formulierung des European Green Deal der neuen EU-Kommission angeführt, sowie in diesem Zusammenhang der öffentliche Diskussionsprozess zu Kreislaufwirtschaft. Aus der europäischen Perspektive spielte zudem der mehrjährige Finanzrahmen der EU eine Rolle, da dieser die Möglichkeit bietet, Prioritäten zu setzen. Die durchaus ambitionierten Ziele der neuen EU-Kommission könnten als Chance und Kanal genutzt werden, um rohstoffpolitische Themen zu positionieren.

Auf **internationaler Ebene** wurde die Prozesse der UN-Klimakonferenzen sowie des UN Treaty für Wirtschaft und Menschenrechte genannt.

Auf **Ebene der Universitäten** wurde festgestellt, dass eine Stärkung des Fachgebiets der sozialen, ökologischen sowie wirtschaftlichen Nachhaltigkeit vor allem in technischen Gebieten (bspw. der Montan-Uni Leoben, der TU Wien und der TU Graz) angebracht wäre bzw. eingefordert werden muss. Unterschiedliche Strategien tun sich hier auf, welche von einer erhöhten Einwerbung entsprechender Förderungen bis zur Einforderung der Institutionalisierung entsprechender Bereiche als Minimum reichen.

Die **stärkere bilaterale Vernetzung** der jeweiligen Netzwerke zwischen **Österreich und Deutschland** wurde als weitere Möglichkeit gesehen, um das Thema Ressourcen stärker in die Öffentlichkeit und Politik einzubringen. Deutschsprachige Länder könnten gemeinsame Initiativen setzen, z.B. ähnlich zu Scientists for Future.

Im Hinblick auf den **Paradigmenwechsel** stellten sich viele der TeilnehmerInnen Fragen wie: Wie kommunizieren wir über Wachstum? Welche Kommunikationsstrategie nutzen wir und wie entwickeln wir eine solche? Es müssen Strategien weiterentwickelt werden, die den Verzicht und De-Growth als attraktive Alternativen präsentieren. Wie bringt man Menschen also dazu ihr Verhalten zu ändern? Hier nannten mehrere der TeilnehmerInnen Ansätze wie z.B. Freiraum für innovative Maßnahmen zu schaffen (z.B. Foodcoops) oder aber bestimmte gesellschaftliche Regulierungen (z.B. Recyclingvorgaben) stärker in den öffentlichen Diskurs einzubringen. Hinsichtlich der aufkommenden Popularität der Circular Economy wurde darauf hingewiesen, dass diese nicht zum Buzzword verkommen darf, wie das in ähnlicher Weise mit dem Begriff ‚Nachhaltigkeit‘ geschehen ist. Außerdem wäre eine Stärkung des Konzepts in den aktuellen Klimadebatten angebracht.

Ein **Screening von Gesetzen**, welche die Umsetzung nachhaltiger Rohstoffpolitik behindern, wurde vorgeschlagen, damit man bürokratische Hindernisse besser kommunizieren und die Politik zum Handeln auffordern kann. Genauso wurde ein **Monitoring staatlicher Förderungen** eingefordert. Wie viel Förderung fließt im Rohstoffbereich bzw. damit verbundenen Bereichen aktuell durch welche Stellen an wen? Interessant wäre dies vor dem Hintergrund der Forderung, dass staatliche Förderungen für die Industrie nur noch im Abtausch gegen Prozesstransparenz gewährt werden sollte. In diesem Zusammenhang kam auch die generelle Frage nach dem Nutzen sozialen und ökologischen Handelns für Unternehmen auf. Hier könne der Staat lenkend eingreifen, indem Reparierbarkeit und Kreislauffähigkeit von Produkten genauso mit Steuererleichterungen bedacht wird wie die Reparatur selbst.

9 ABSCHLUSS: TAKE-AWAYS UND NÄCHSTE SCHRITTE

Zum Abschluss wurden Take-aways und nächste Schritte gesammelt.

Take-aways

Insbesondere die Bedeutung des Austauschs wurde hier betont. Das Sammeln von Problemen kann zu einer Öffnung eines Raumes führen, in dem Lösungen zu suchen sind. Die TeilnehmerInnen hielten fest, dass transdisziplinärer Austausch möglich ist und der Dialog von Wissenschaft und Zivilgesellschaft gestärkt werden muss. Sie sahen viel Potenzial für Wissenstransfers/Austausch, bzw. auch Handlungsbedarf, um Wissenslücken zu füllen.

Ansatzpunkte von gemeinsamer Weiterarbeit an bestimmten Themen wurde genannt, z.B. mit Hinblick auf die soziale Komponente der Kreislaufwirtschaft (Stichwort Gewinner/VerliererInnen) oder in Bezug auf Materialforschung – wo Nachhaltigkeit ein integrales Thema sein muss.

Die TeilnehmerInnen hielten fest, dass die breite und vielfältige Expertise in Wissenschaft und Zivilgesellschaft in Österreich gebündelt und für Veränderungen in der nationalen Rohstoffpolitik genutzt werden sollte. Verschiedene konkrete Vernetzungen wurden diesbezüglich bereits angedacht.

Nächste Schritte

- Die TeilnehmerInnen waren sich einig, dass solche Dialogformate zur Horizonterweiterung sowie zum Kennenlernen neuer Blickwinkel beitragen und das **Potenzial von konkreten inter- und transdisziplinären Kooperationen** erhöhen. Die OrganisatorInnen der Veranstaltung werden sich Anfang 2020 zusammensetzen, um zu überlegen, wie der Kommunikationsprozess und die Vernetzung **sinnvoll weiter gestaltet** werden kann.
Wer sich an den Überlegungen beteiligen möchte, kann sich gerne bei Karin Küblböck (ÖFSE) melden: k.kueblboeck@oefse.at.
- Als ein konkreter nächster Schritt wird eine **stärkere Vernetzung** zwischen dem Umweltdachverband (UWD) und dem European Environmental Bureau (EEB) und der AG Rohstoffe geplant.
- Ein **Zweiseiter zu Rohstoffpolitik** soll für das EEB produziert werden.
- Ein **Input zur Österreichischen Rohstoffstrategie** soll vorbereitet werden.
- Know-how- und der Wissenstransfer** wird in aktuelle Projektvorhaben stärker integriert werden.
- Die **Ergebnisse des Workshops** werden in den jeweiligen Organisationen/Arbeitsbereichen den **KollegInnen vermittelt**.
- Um eine gemeinsame Stimme zu haben, sollte man die Ressourcen zw. Netzwerken (ÖD) und weiteren **Expertisen bündeln**. Eine Vernetzung mit dem Netzwerk Ressourcenwende ist geplant.
- Bei konkreten **Anlässen** z.B. wie dem „Earth Overshoot Day“ das Thema Circular Economy stärker thematisieren.
- Eine **Ressourcenfolgenabschätzung** von Produkten und Prozessen sollte konkret anhand eines Beispiels direkt geführt werden (Wissenschaft + NGOs einbinden).